

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 31

1. März 1965

Einzelpreis S 3,-

DER KAMPF DER RAX-WERK-ARBEITER

UND DAS PROBLEM DER VERSTAATLICHUNG

Die Revisionisten stellen den Konflikt um die Rax-Werke - ebenso wie ähnliche Probleme und Debatten um verstaatlichte Betriebe und Versuche ihrer Reprivatisierung - gleichsam als eine "ideologische" Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ideen dar. Wäre das wahr, so würde es bedeuten, daß die Verstaatlichung im Kapitalismus eine grundsätzlich sozialistische Maßnahme sei, die gegen den Willen der Bourgeoisie erfolge, welche daher stets und in allen Fällen unbedingt für die Rückverwandlung des staatlichen in privates Eigentum eintreten müsse. Es würde weiters bedeuten, daß unser heutiger Staat nicht mehr ein Staat der bürgerlichen Klassendiktatur wäre, sondern ein über den Klassen stehender, resp. auch die Interessen des Proletariats vertretender Staat. Es würde schließlich bedeuten, daß die für die Verwaltung der "Verstaatlichten" hauptverantwortliche SPÖ und ihre Minister nicht eine bürgerliche Arbeiterpartei, nicht Agenten der Kapitalisten in den Reihen der Arbeiterschaft und nicht Lakaien der Bourgeoisie in Spitzenpositionen ihres Staatsapparats sind, sondern Interessenvertreter der Arbeiterklasse, die - wie die SP-Führer behaupten, in der Regierung, im Koalitionsausschuß, in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften, in der "Paritätischen" usw. einen "Kampf" gegen die Monopole führten. Das alles ist aber nicht wahr.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel in der bestehenden Gesellschaftsordnung ist die unvermeidliche logische Konsequenz der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz zur Zentralisation der Kapitale, einer Tendenz, die ökonomisch immer mehr die Überlebtheit des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit seiner Ersetzung durch das sozialistische System augenscheinlich macht, zugleich aber politisch zur immer größeren Zusammenballung der gesamten Macht in den Händen der stärksten Monopole führt, die sich den Staat völlig gefügig und untertan machen und deren Herrschaft immer unabweislicher und offenkundiger durch die proletarische Revolution gestürzt werden muß.

VERSTAATLICHUNG UND REPRIVATISIERUNG

In einem Staat, in dem die kapitalistische Produktionsweise herrscht, gilt unter den Bedingungen des modernen Monopolkapitalismus das ökonomische Grundgesetz des Maximalprofits, der mit allen möglichen Mitteln aus den Werktätigen gepreßt wird, darunter vorzugsweise mit den Hilfsmitteln des kapitalistischen Staatsapparats. Deshalb hat sich heutzutage der Monopolkapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelt. Eines der wichtigsten Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Verstaatlichung entscheidender Produktionsmittel, zuweilen ganzer Industriezweige und führender Kredit-Institute. Die Verstaatlichung dient ebenfalls der Erzielung von Höchstprofitten durch die kapitalistischen Monopole.

Die rasante Entwicklung der modernen Produktivkräfte, die damit verbundene, immer deutlichere und umfassendere Vergesellschaftung der Produktion, der enorm anwachsende Kapitalbedarf für die auf hochentwickelter technischer Stufenleiter arbeitenden Produktionsstätten - das alles erfordert die Investition so kolossaler Finanzmittel, wie sie die privaten Kapitalgesellschaften nicht immer aufbringen können, es erfordert mitunter gewaltige Geldaufwendungen (z.Bsp. für Forschung und experimentelle Entwicklung), die sich erst nach längerer Zeit bezahlt machen können, daher vom Privatkapital nicht gern getragen werden, selbst wenn es sie tragen könnte.

Die Monopolisten stimmen daher Verstaatlichungsmaßnahmen zu, obwohl ihnen diese in der Seele zuwider sind, weil sie zugleich ihr gesellschaftliches Menetekel darstellen (d.h. die Überflüssigkeit der Kapitalisten zeigen und deren unvermeidlichen Untergang an die Wand malen) und weil sie mitunter - zum Beispiel in Österreich - nicht unmittelbar von ihren direkten Vertretern, sondern von sozialdemokratischen Lakaien unter der Begleitmusik "sozialistischer" ("gemeinwirtschaftlicher") Phrasen vorgenommen werden.

Lenin sagte im "Imperialismus":

"In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und Wollen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet." (Hervorhebung von uns).

Diese "Art neue Gesellschaftsordnung" ist eben der staatsmonopolistische Kapitalismus, die höchste Form der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Schon Friedrich Engels hatte (im "Anti-Dühring") festgestellt:

"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt das auf der Hand. Und der ... moderne Staat, was immer auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben." (Hervorhebungen von uns).

Auf welche Weise gelangen nun unsere Monopolkapitalisten mit Hilfe der Verstaatlichung zu maximalen Profitten?

Erstens dadurch, daß die Preise für Strom, Kohle, Stahl, Frachten und andere Grundstoffe und Leistungen der verstaatlichten Unternehmungen weit unter den Weltmarktpreisen liegen, daher den Privatkapitalisten bei konkurrenzfähigen Exportkalkulationen fette Profite sichern. Welche Verhöhnung der auf die Demagogie der SP und der Revisionisten hineinfallenden Arbeiter, wenn dann die kapitalistische Presse die "unwirtschaftliche Preisgestaltung" in den "Verstaatlichten" als eine der wichtigsten Ursachen für deren Schwierigkeiten "anprangert"!

Zweitens dadurch, daß die "Verstaatlichten" riesige Summen an Steuern, Abgaben und Dividenden ins Budget abführen und es damit der Großbourgeoisie ermöglichen, ihre eigenen Steuern zu hinterziehen bzw. so lange schuldig zu bleiben, bis sie periodisch als "uneinbringlich" in Bausch und Bogen "abgeschrieben", d.h. den Kapitalisten geschenkt werden. Wie grotesk mutet es da an, wenn die Bourgeoisie über die "Unterkapitalisierung" der "Verstaatlichten" und über die Lasten, die diese dem Steuerzahler auferlegen, jammert!

Drittens dadurch, daß die verstaatlichten Unternehmungen für ihre Kapitalbeschaffung auf den privaten Geldmarkt verwiesen werden, wodurch die Kapitalisten mit horrender Kapitalverzinsung (7-10 Prozent und sogar mehr) risikolos an den Staatsbetrieben schmarotzen können. Und dann heucheln sie "Bedauern" und "Verzweiflung", wenn etwa der "notleidende" Schöller-Bleckmann-Konzern 60 Millionen Schilling und das aktuellste "Sorgenkind" unserer Monopolkapitalisten und ihrer Trabanten, die Simmering-Graz-Pauker (SGP), zu denen das Rax-Werk gehört, 50 Millionen Schilling jährlich an Zinsen für die aufgenommenen sündhaft teuren Bankkredite blechen müssen!

Viertens dadurch, daß es private Zubringerbetriebe und private Handelsunternehmen sind, die - dank ihrer letztlich alleinbestimmenden Positionen in den Leitungen der "Verstaatlichten" sowie mit Hilfe von Korruption - durch überhöhte Preise bei der Belieferung der "Verstaatlichten" und durch ungerechtfertigt niedrige Ankaufpreise beim Absatz von deren Erzeugnissen den Löwenanteil des in der verstaatlichten Industrie von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts in ihre Tasche stecken. Aber das ist den Herren noch nicht genug, und sie haben die Stirn, gewissermaßen "selbstkritisch" ihrer politischen Hauptexpositur, der ÖVP, vorzuwerfen, seinerzeit "ohne jedes Konzept für die Betriebsführung und die Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft" den Verstaatlichungsgesetzen zugestimmt zu haben! (Siehe "Neue Zürcher Zeitung" vom 13.2.1965: "Aus Österreichs verstaatlichter Industrie").

Fünftens dadurch, daß sich die Privatindustrie die in den staatlichen Unternehmungen betriebene Grundlagenforschung sowie deren grundlegende technische Entwicklungen kostenlos zunutze machen kann. So wird denn auch in einer offiziellen Publikation des Bundeskanzleramtes, Sektion IV, ("Die verstaatlichte Industrie in Österreich - Schrittmacher und Stabilisator der Gesamtwirtschaft") ausdrücklich betont, daß

die "Verstaatlichten" auf technischem Gebiet als "Schrittmacher der gesamten österreichischen Wirtschaft" fungieren und dank ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit "der Privatinitiative vor allem Anregungen und Hinweise geben" !

Warum, so könnte man da fragen, wettern dann immer wieder die bürgerlichen Schreiberlinge gegen die Verstaatlichung, warum intrigieren die Kapitalisten gegen die verstaatlichten Betriebe und stellen einmal da, einmal dort Reprivatisierungsforderungen?

Dieser scheinbare Widerspruch löst sich leicht, wenn man sich beständig vor Augen hält, daß die Monopolkapitalisten aus der Verstaatlichung nur Vorteil ziehen, weil und insofern diese ihrem Streben nach Höchstprofiten entgegenkommt.

Die Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie war z. Bsp. für die Grubenbesitzer das denkbar beste Geschäft: Jahrzehntlang hatten sie kaum Gewinne, oftmals aber Verluste zu verzeichnen; dank der von der Labour-Regierung kurz nach Ende des 2. Weltkriegs durchgeführten Verstaatlichung erhielten die Kohlenbarone eine wahrhaft fürstliche Abfindung in Form von jährlichen Zinszahlungen des Staates, die den Kapitalprofit, den sie vorher aus den Bergwerken gezogen hatten, beträchtlich übertreffen und zudem keinerlei Schwankungen und Risiken ausgesetzt sind. Was Wunder, daß keine einzige der seither amtierenden konservativen Regierungen jemals daran dachte, die Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie rückgängig zu machen?!

Ein Beispiel aus Österreich: Kein einziger auf seine eigenen Interessen bedachter österreichischer Monopolkapitalist würde sich ernsthaft einfallen lassen, etwa die VÖEST (die übrigens schon als staatliches Unternehmen gegründet wurden) zu reprivatisieren, denn Betriebe von solchen Dimensionen und solchem Profil sind der österreichischen Bourgeoisie, die sich - abgesehen von Handels- und Bankgeschäften - vorzugsweise an Spiritusbrennereien, Bierbrauereien und Zuckerraffinerien fettgemästet hat oder ihr Geld in solchen Branchen wie in der Textilindustrie anzulegen pflegt, wo der Kapitalbedarf relativ gering und der Kapitalumlauf relativ geschwind ist, nicht auf den Leib geschnitten, und eine Reprivatisierung könnte hier lediglich einen Abverkauf an das Ausland bedeuten, was den einheimischen Kapitalisten in diesem Fall schon aus primitivsten Profitrücksichten durchaus nicht genehm sein kann.

Andererseits gibt es Fälle, in denen nach derselben Logik - eben nach der Logik der Profitwirtschaft - eine Reprivatisierung dieses oder jenes verstaatlichten oder in staatlicher Verwaltung befindlichen Betriebes gefordert wird.

Erstens hat nämlich nicht jeder Kapitalist an allen "Verstaatlichten" und haben nicht alle Kapitalisten an jedem Staatsbetrieb das gleiche Interesse, und es gibt ja schließlich auch im Monopolkapitalismus einen scharfen Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten.

Zweitens sind durch die Übernahme des buntgewürfelten "deutschen Eigentums" aus den Händen der USIA so manche Unternehmungen - vom ökonomischen Standpunkt aus betrachtet - zufällig in Staatsbesitz übergegangen, und dadurch muß naturgemäß in einem kapitalistischen Staat, dessen Industrieproduktion zu drei Vierteln aus Privatbetrieben stammt, eine Problematik entstehen.

Drittens stehen manchen in staatlicher Hand befindlichen Unternehmungen branchenmäßig gleichartige Konkurrenzunternehmen in privater Hand gegenüber, und deren Einfluß muß sich notwendigerweise kräftig geltend machen.

Viertens gibt es staatliche Betriebe, die trotz der empfindlichen Schröpfung durch die Kapitalisten und ihren Staatsapparat, der sie von allen Seiten ausgesetzt sind, durchaus ansehnliche Gewinne zu machen verstehen, und diese sind umsomehr verlockend für das Privatkapital, als hierzulande Staatseigentum für einen Pappenstiel verschleppert zu werden pflegt.

Aus all dem ersieht man, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus Verstaatlichung und Reprivatisierung einunddemselben Motiv entspringen: dem Profitstreben der herrschenden Großbourgeoisie. Verstaatlichung und Reprivatisierung sind daher - ebenso wie Staatsbetriebe und Privatbetriebe - bei uns keine Gegensätze, sondern ergänzen einander, sind miteinander vielfältig verflochten, gehen ineinander leicht über.

Das sind unsere allgemeinen, grundsätzlichen Erwägungen. Wie steht es nun mit der "Rax-Werk-Story", wie die "Volksstimme" die kürzlichen Vorgänge mit diesem Wiener Neustädter Großbetrieb amerikanisch-flott betitelt? Es erscheint angebracht, diese "Story" an Hand der seltsamen Berichterstattung der "Volksstimme" zu rekapitulieren.

DIE WAHRE "RAX-WERK-STORY"

Am 30. Jänner schrieb die "Volksstimme", Generaldirektor Zach hätte eigenmächtig, ohne Zustimmung des Aufsichtsrates des SGP-Konzerns, beschlossen, die 650 Arbeiter und Angestellten der Rax-Werke per 30. Juni 1965 zu kündigen. In Wirklichkeit war, wie man aus der bürgerlichen Presse erfahren konnte, die Schließung des Betriebes schon zur Jahreswende vom Vorstand der SGP beschlossen worden. Das hat die "Volksstimme" am 5. Februar denn auch zugeben müssen. Sie suchte aber dabei bezeichnenderweise wenigstens den Eindruck zu erwecken, daß diese Entscheidung gegen den Willen der SP-Vorstandsmitglieder "von den VP-Direktoren erzwungen" worden wäre, und der Wiener Neustädter KPÖ-Gemeinderat Zottl hatte (in der "Volksstimme" vom 11.2.1965) den SP-Führern lediglich vorzuwerfen, daß die Leitung der verstaatlichten Industrie (Pittermann) "leider nicht entschieden genug aufgetreten" sei. Tatsächlich hat aber Pittermann selbst festgestellt, daß die SP-Vorstandsdirektoren die Stillegung bloß als "verfrüht" bezeichnet hatten. Und vor dem Abgeordnetenklub der SPÖ erklärte er offen, daß andere Betriebe des SGP-Konzerns "besser und billiger" arbeiten als die Rax-Werke.

Doch es kommt noch schöner: Es zeigt sich nämlich, daß die SP nicht nur im Prinzip für die Stillegung der Rax-Werke ist, sondern auch praktisch nichts gegen deren Reprivatisierung einzuwenden hat, ja diese in Wort und Tat begünstigt. Wie der SP-Verkehrsminister Probst am 18. Februar auf einer Pressekonferenz erklärte, ist der

SGP-Konzern (als Ganzes und nicht nur das Rax-Werk) um 20 Prozent teurer als andere, d.h. private, vornehmlich ausländische Firmen. Probst berichtete dabei, er habe im Laufe seiner Verhandlungen mit den privaten Jenbacher Werken betont, daß sich Österreich nicht zwei derartige Produktionsstätten (also: Jenbach und Wiener Neustadt) leisten könne. Welchem von diesen beiden Werken - dem privaten oder dem staatlichen - er den Vorzug gibt, läßt sich aus einem interessanten Artikel in der "Presse" vom 22. Februar ansehen: Als der SGP-Konzern seinerzeit 1700-PS-Dieselloks entwickelt hatte, kauften die Minister Probst unterstehenden Bundesbahnen 1500-PS-Lokomotiven beim westdeutschen Henschel-Konzern - also bei eben jenem Privatmonopol, das sich schon kurz nach dem Staatsvertrag um den Erwerb der aus den Händen der USIA übernommenen Rax-Werke (an denen Henschel vor dem Krieg mit 10 Prozent beteiligt gewesen war) bemüht hatte! Später regten die ÖBB beim SGP-Konzern die Entwicklung von Dieselloks mit 1200-1500 PS an. Als es so weit war und die Simmering-Graz-Pauker eine Lokomotive mit 1250 PS herausbrachten, bestellten die ÖBB 1500-PS-Lokomotiven - in Jenbach! In der Folge gingen die privaten Jenbacher Werke mit Unterstützung der ÖBB zum Bau von Güterwaggons über, wodurch sie zu einem direkten Konkurrenzunternehmen der verstaatlichten Rax-Werke wurden.

Und nun wurde am 4. Februar im sogenannten Fünfehner-Ausschuß für die verstaatlichte Industrie sowie im Ministerrat - natürlich mit den Stimmen der SP-Vertreter - die Einsetzung eines "Expertenkomitees" beschlossen, das bis zum 1. März einen "Vorschlag zur Reorganisierung der SGP" vorzulegen hat, wobei "die Bundesregierung die erforderlichen Reorganisationsmaßnahmen, im Falle der Notwendigkeit auch eine wirtschaftliche Verwertung von Konzernbetrieben der SGP, durchführen" wird. "Das heißt", so klärt der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 13.2.1965 die interessierten Kapitalistenkreise auf, die Regierung will "den einen oder anderen defizitären Konzernteil" - also vor allem eben die Rax-Werke! - "unter Umständen auch an Private verkaufen, für die das geschulte Personal eine Verlockung (!) sein könnte". Und der bürgerliche Journalist plaudert noch folgendes über den Verlauf der Sitzung des Fünfehner-Ausschusses aus: "Die Sozialisten gaben zu verstehen, daß sie nicht mehr an ihrem grundsätzlichen Widerstand gegen Privatisierung festhalten..."

Ist es nicht eine unverzeihliche Hintergehung der kommunistischen Arbeiter, aller Anhänger der Gewerkschaftlichen Einheit, wenn die "Volksstimme", statt die offensichtliche Reprivatisierungspolitik der SP-Führer anzuprangern, diesen praktisch die Mauer macht und glauben machen will, man könne der SPÖ höchstens vorwerfen, daß sie den Reprivatisierungsplänen der "Reformer" aus der ÖVP "nicht entgegenstehen genug" entgegentrete?

Dieses sonderbare Leisetreten, diese Vertuschung entscheidender Tatsachen über den Betrug der SP-Führer an den Arbeitern, die gegen die drohende Reprivatisierung ihres Betriebes kämpfen - was soll das

alles? Wir werden bald sehen, was mit der verlogenen "Berichterstattung" der "Volksstimme" bezweckt wird. Sehen wir uns vorher noch an, wie es sich mit dieser Berichterstattung über die "Rax-Werk-Story" in anderen Punkten verhält.

Unmittelbar nach der Sitzung des Fünfehner-Ausschusses erschien im Rax-Werk, wie die "Volksstimme" am 5. Februar meldete, "ein Vorstandsmitglied des SGP-Konzerns mit einer Anzahl von Besuchern, die das Werk fachmännisch in Augenschein nahmen". Die "Volksstimme" begnügte sich seltsamerweise mit der Frage, "was der Grund des Besuches war und wer die Leute sind, die ins Werk kamen". Wäre es aber nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit, der zutiefst beunruhigten Belegschaft diese Frage zu beantworten und hätte sie nicht alle Möglichkeiten dazu? Wozu diese zur Schau getragene Naivität? Wer soll da geschont und wer hinters Licht geführt werden? Weiter: Mit erstaunlicher Seelenruhe gab die "Volksstimme" tags darauf bekannt, daß unter den von der Regierung als "Experten der Wirtschaft" ernannten zwei Herren, von deren Urteil das Schicksal der Rax-Werke abhängen soll, neben einem Vertreter der Böhler-Werke, der Generaldirektor der privaten Wagner-Biro-AG figuriert. Und wenige Tage später gab sie ohne mit der Wimper zu zucken kommentarlos die verdächtige Nachricht wieder, daß Ing. Laschitz von den verstaatlichten Böhler-Werken einen "Herzkrampf" erlitten habe, weshalb er ausgerechnet durch den Generaldirektor des Schweizer Konzerns Brown-Boveri ersetzt werden mußte!

Nunmehr besteht diese fatale Kommission ausschließlich aus Vertretern des in- und ausländischen Monopolkapitals; doch das Zentralorgan der KPÖ hat zu diesem Skandal nicht ein Sterbenswörtchen zu sagen!

Aber das ist noch lange nicht alles: Am 30. Jänner berichtete die "Volksstimme" in großer Aufmachung über das Geheul der Fabrikssirenen und das Geläute der Kirchenglocken von Wiener Neustadt, die eine Stunde lang der ganzen Republik verkündeten: Landtag und Gemeinderat, Handelskammer und Gewerkschaftsbund, kurz: alle, von Figl bis Fürnberg, kämpfen einheitlich für die Erhaltung der Rax-Werke. Und nach den Sitzungen des Fünfehner-Ausschusses und des Ministerrates vom 4. Februar jubelte die "Volksstimme" aus befreitem Revisionistenherzen: "Erster Angriff abgewehrt!" Was ist denn geschehen, fragten sich die Wiener Neustädter Arbeiter. Die Koalition hatte sich über eine längst fällige Streichung von "Schulden" der SGP an den Bund in Höhe von 155 Millionen Schilling sowie über eine Bundesausfallhaftung für einen Bankkredit von 100 Millionen Schilling, durch den ein bulgarischer Waggonauftrag vorfinanziert wird und der keine wie immer gearteten effektiven Aufwendungen mit sich bringt, geeinigt, wobei die SP-Minister dem Koalitionspartner noch als "Gegenleistung" die Verlängerung des Mühlenkartellgesetzes zugestanden hatten. Dem Wesen nach hatte das alles nichts mit einer Sicherung der Existenz der Rax-Werk-Arbeiter zu tun, um die es aber diesen - und der gesamten werktätigen Bevölkerung - in erster Linie geht.

Dazu kommt die Geschichte mit den 50 Tiefladewaggonen. Die SGP-Leitung hatte beschlossen, den diesbezüglichen Auftrag den Rax-Werken wegzunehmen und einem anderen Betrieb zu übertragen. Die Rax-Werk-Arbeiter bildeten ein Kampfkomitee, das die Wegführung der bereits ausgearbeiteten Unterlagen für die Produktion dieser Waggonen verhindern sollte. Die Revisionisten wollen nun daraus ein Schulbeispiel für die Wirksamkeit ihrer trügerischen Parole der "Mitbestimmung" machen.^{*)} Doch die Wirklichkeit - und der SGP-Vorstand - blieb hart: Der Auftrag wird den Rax-Werken entzogen, die man mit einer kleinen Beteiligung an dessen Durchführung abzuspeisen verspricht. Dadurch soll, wie die "Volksstimme" am 12. Februar triumphierend meldete, die "Beschäftigung für zwei Monate gesichert" sein. Welch ein "Erfolg" angesichts der Tatsache, daß Generaldirektor Zach den Rax-Werk-Arbeitern ursprünglich eine sechsmonatige Galgenfrist eingeräumt hatte!

Wie sollten denn auch die Arbeiter "mitbestimmen" können? Selbst hinsichtlich der innerbetrieblichen Fehlinvestitionen und sonstigen Unzükömmlichkeiten mußte der "Volksstimme"-Redakteur Kirszen eingestehen: "Der Betriebsrat und die Arbeiter wurden natürlich nie gefragt." Hier geht es aber um eine außerbetriebliche Kapitalbeschaffung, um eine richtige Koordinierung zwischen diversen Betrieben, kurz, um Fragen, die nur im gesamtnationalen Maßstab gelöst werden können. Können denn irgendwo Arbeiter einen Kampf darum führen, anderen Betrieben Aufträge abzujauchen, d.h. dafür, daß in einem anderen Betrieb ihre Klassenbrüder brotlos werden, damit ihnen selber für einige Zeit der Arbeitsplatz erhalten bleibe?

Nur ein gesamtstaatlicher Wirtschaftsplan kann gewährleisten, daß bei etwaigen ökonomisch erforderlichen Umstellungen jedermanns Arbeitsplatz gewahrt bleibt. Dazu gehört aber die Vergesellschaftung der ganzen Industrie des Landes. Das bedeutet wiederum die Enteignung aller Kapitalisten, und diese ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse die bestehende Gesellschaftsordnung stürzt und die Macht im Staate in ihre eigenen Hände nimmt.

Solange das nicht geschehen ist, bedeutet jedes Gerede von "Mitbestimmung" nichts anderes, als die Arbeiter für die kapitalistische Profitwirtschaft, über die einzig und allein das Monopolkapital bestimmt, mitverantwortlich zu machen, ihnen das Gefühl zu geben, daß die volksfeindlichen Entscheidungen der Monopolisten und ihrer Regierung "wirtschaftlich begründet" und daher "unvermeidlich" seien.

Und darum geht es gerade bei den Rax-Werken: Die Arbeiter sollen in Sorge und Unruhe versetzt, zwischen Bangen und Hoffen hin- und hergezerrt und schließlich mürrisch gemacht werden, bis sie der längst vom Monopolkapital und von den Regierungsparteien beschlossenen Reprivatisierung zustimmen. Sie sollen in der Reprivatisierung schließlich den einzigen Weg sehen, die "größtmögliche (!) Sicherung der Ar-

^{*)} Siehe dazu "ROTE FAHNE" vom 1. September 1964

beitsplätze zu garantieren", wie es in dem Beschluß der österreichischen Regierung vom 4. Februar 1965 heißt.

So sollen die Arbeiter gefoppt und genarrt werden! Und dabei helfen die Revisionisten indirekt mit. Warum eigentlich? Die "modernen" Theorien, die sie da in den Dokumenten zum 19. Parteitag der KPÖ verzapfen, geben darauf die Antwort.

DIE TRAURIGE ROLLE DER REVISIONISTEN

Da die Revisionisten den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen haben und fest entschlossen sind, die KPÖ als die Klassenpartei des österreichischen Proletariats zu liquidieren und in ein Anhängsel der Sozialdemokratie zu verwandeln, sehen sie ihre Hauptaufgabe darin, die Rolle der SP-Führer zu beschönigen und deren gegen die Arbeiterinteressen gerichtete Politik durch scheinwissenschaftliche "Theorien" zu untermauern.

Sie behaupten, der Kapitalismus hätte sich grundlegend gewandelt und der Arbeiterklasse sei es daher nicht mehr gestattet, "mit alten Vorstellungen und Auffassungen, die in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen berechtigt waren, gegen den Kapitalismus zu kämpfen" ("Thesen zum 19. Parteitag der KPÖ"). Der "Wettbewerb mit der sozialistischen Welt" habe den Unternehmern und dem (wohlgemerkt: kapitalistischen!) Staat Maßnahmen aufgezwungen, "die dem traditionellen kapitalistischen Wirtschaftsdenken widersprechen", im Gegensatz zu den Profitinteressen stünden, der "Erreichung eines ständigen Wirtschaftswachstums" (offenbar nicht im Interesse des Kapitals, sondern in dem der Werktätigen!) dienten und somit gleichsam nichtkapitalistischen, antikapitalistischen oder sogar sozialistischen Charakter trügen. Der österreichische Staat wäre demnach keine bürgerliche Diktatur mehr, sondern es würden sich heutzutage in Österreich Kapitalisten und Arbeiter faktisch in die Macht teilen. (Gemäß der Theorie Oscar Pollaks, wonach die Arbeiterklasse heute in den bürgerlichen Staat "integriert" sei, wird in den Parteitagsthesen der KPÖ die Teilnahme der SPÖ an der Regierungskoalition als der "Einfluß der arbeitenden Menschen auf die Politik des Staates" hingestellt!) Man könne und müsse Schritt für Schritt "die Macht der Monopole einengen und beschränken, die Machtpositionen der Arbeiterklasse erweitern". Und die Verstaatlichung wäre somit nicht eine Methode des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern ein "Etappenziel", eine "Zwischenalternative" (!) auf dem "friedlichen Weg" zum Sozialismus.

Wenn man alle diese uralten, längst tausendfach widerlegten sozialdemokratischen "Theorien" vom evolutionären "Hineinwachsen" des kapitalistischen Staates in den Sozialismus durch "Strukturreformen" neu aufwärmt und den österreichischen Kommunisten als "neue Erkenntnisse" im Gegensatz zu den angeblich "veralteten" Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin schmackhaft machen will, damit sich die Kommunisten mit der Liquidierung ihrer Partei abfinden und den "Führungsanspruch" der SPÖ anerkennen, dann kann

man die Verratspolitik der SP-Führer natürlich nicht entlarven, dann muß man auch ihre auf Reprivatisierung von Staatsbetrieben gerichteten Manöver unterstützen und mitmachen. Das liegt in der Logik der Dinge.

Die aufrechten Kommunisten und ehrlichen Anhänger der Gewerkschaftlichen Einheit dürfen jedoch diese Verratspolitik nicht unterstützen, dürfen bei diesem Arbeiterbetrug nicht mitmachen. Sie wissen wohl, daß die verstaatlichten Betriebe keineswegs "dem österreichischen Volk" gehören, wie die "Volksstimme" der "Arbeiter-Zeitung" nachplappert, daß die Arbeiter keineswegs Ursache haben, sie als "ihre" Betriebe anzusehen, wie ihnen die Revisionisten in den Thesen über die "Mitbestimmung" einreden wollen.

Sie müssen es aber verstehen, die Verstaatlichung für die Zwecke ihres Klassenkampfes auszunützen, in ihnen Kampfformationen gegen das Kapital und seinen Staat zu schaffen. Sie müssen zu verhindern trachten, daß sich die Monopolisten, sei es an den "Verstaatlichten", sei es an deren Reprivatisierung mästen.

Die klassenbewußten Arbeiter hegen keinerlei Illusionen über den Charakter der Verstaatlichung im Kapitalismus. Sie wissen aber, daß sich die Bourgeoisie infolge der unbarmherzigen Dialektik der Entwicklung des Kapitalismus in Gestalt der verstaatlichten Betriebe dem Gespenst ihres unvermeidlichen gesellschaftlichen Untergangs gegenüber sieht. In den "Verstaatlichten" richtet sich der Klassenkampf gegen den "Gesamtkapitalisten" Staat, können und müssen die Arbeiter ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Kämpfe als politische Kämpfe gegen die den Staat regierenden Parteien führen, können und müssen sie ihre Tagesforderungen stets und in steigendem Maße in Verbindung bringen mit ihrer historischen Aufgabe, die Kapitalsherrschaft auf revolutionärem Wege zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und "der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen" (Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest"), um den Sozialismus, die klassenlose kommunistische Gesellschaft zu erbauen. Sie müssen dem Staat Lohnerhöhungen, soziale Verbesserungen usw. abringen, sie müssen die Manager und Minister zwingen, für die Sicherung des Arbeitsplatzes der Belegschaften der Staatsunternehmungen Sorge zu tragen, und sie müssen Reprivatisierungsversuche vereiteln.

Die Arbeiterschaft nimmt entschieden gegen Reprivatisierungsmaßnahmen Stellung, nicht nur, weil sie in den verstaatlichten Betrieben unmittelbar der kapitalistischen Staatsgewalt gegenübersteht, ihr Kampf also unmittelbar politische, gesamtstaatliche Bedeutung gewinnt, sondern auch deshalb, weil sie nicht zulassen kann, daß sich die Monopolkapitalisten durch die Reprivatisierung auf Kosten der Werktätigen noch mehr bereichern.

Warum will man denn die Rax-Werke entstaatlichen?

Weil die Herren, die sie einstecken möchten, billig zu wertvollen Produktionsmitteln gelangen wollen; weil sie hier einen Betrieb erhalten würden, der zwischen die staatliche Stahlindustrie und die

staatlichen Eisenbahnen geschaltet ist, sodaß sie auf der einen Seite an den niedrigen Rohstoffpreisen, auf der anderen Seite an den hohen Kaufpreisen, die der Staat für das rollende Material zahlen würde, dick verdienen könnten; weil sie hoffen, daß die Rax-Werke Arbeiter durch die Drohung, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und dank der zermürbenden Manöver, die man rund um dieses Werk vollführt, dazu gebracht werden würden, auf weitere Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzugehen, nachdem sie schon unlängst - eben im Glauben, damit ihren Arbeitsplatz zu sichern - eine 10-prozentige Senkung der Akkordsätze in Kauf genommen haben.

Aus all den Gründen, aus denen die Kapitalisten für die Reprivatisierung der Rax-Werke sind, die ihnen die Regierungsparteien unter faktischer Schützenhilfe der Revisionisten ausliefern wollen - aus all diesen Gründen wehren sich die Arbeiter der Rax-Werke mit Recht gegen die Reprivatisierung. Und sie werden in ihrem Kampf Erfolg haben, wenn sie sich von den SP-Bonzen und Revisionisten nicht betrügen lassen, wenn sie einig und geschlossen auftreten und wenn die ganze Arbeiterklasse Österreichs sie tatkräftig unterstützt!

ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "Roten Fahne" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Bewegung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernststen Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit hindurch kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und lückenlose Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement S 65,-

Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Ein Abonnement gewährleistet außerdem die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der revolutionären Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101